

Volksmacht

Die Volksmacht erscheint wöchent-
lich einmal am Sonnabend.

Bezugspreis monatlich 25 Pfg.,
vierteljährlich 75 Pfg., einschließl.
Frägerlohn In den Abholstellen
monatlich 20 Pfg. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 75 Pfg.,
einschließl. Bestellgeld. Einzel-
nummer 5 Pfg.

Anzeigenpreise:

Die 8 Spaltene Beizelle 20 Pfg.,
für auswärts 30 Pfg., die 8ge-
spaltene Reklametzelle 60 Pfg., Ar-
beitsmarkt und Wohnungsanzeigen
10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestim-
mung werden besonders berechnet.

Bei Wiederholung Rabatt
laut Tarif

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Nr. 13

Danzig, Sonnabend den 1. April 1916

7. Jahrgang

Eine Schicksalsstunde der Sozialdemokratie

Aus dem Donner der Geschütze um Verdun und der neuen russischen Offensive im Osten droht die Zukunft der Welt und vor allem die des deutschen Volkes. Das Grollen derer, die um ihren Tirpitz fürchten, verliert dadurch nichts an ernster Bedeutung. Es lehrt vielmehr allen, die dem furchtbaren Weltkriege mit einsichtsvollem Ernst gegenüberstehen, die gigantische Größe ihrer Verantwortlichkeit. Des deutschen Volkes Kraft und Entschlossenheit ist trotz der langen Dauer des blutigen Ringens nicht erschlaßt. Am 24. März hörte die Welt die staunende Kunde von dem Heldenkampf des deutschen Hilfskreuzers Greif gegen eine gepanzerte englische Uebermacht in der nördlichen Nordsee, auf Albions eigenstem Gebiet. Die Seehelden des Greif sind gewiß als Freiwillige todesmutig durch die übermächtig scheinende englische Blockade gebrochen. Für die Freiheit ihres Volkes und ihres Vaterlandes scheuten sie nicht das ihnen fast sichere dunkle Schicksal. Neben dem Greif dürfte die tapfere Möwe nicht das einzige Schiff sein, das die Heldenfahrt wagte, gegen die alle Großtaten der griechischen Odyssee schattenhaft verblaffen müssen. Solange Deutschland auf Männer solcher Entschlußkraft und solchen Wagemuts bauen kann, steht keine Sache gut. Wo sich so hochsinnige Heldengröße betätigt, muß das Recht gut gehütet sein. Deshalb war auch die am gleichen Tage im Reichstage verkündete Botschaft von der überraschend günstigen finanziellen Rüstung Deutschlands so überaus erfreulich. Die neue Elf-Milliarden-Kriegsanleihe bedeutet weit mehr als eine glänzend gelungene Finanzoperation. Sie ist ein ehrenvolles Zeugnis des unbedingten Vertrauens, das unser Volk seinen Kämpfern auf dem Lande und zur See und seiner Sache entgegenbringt. Sie ist ein Zoll des Dankes an die toten Volksgenossen, die ihre Treue zur Heimat mit dem höchsten Gut, dem Leben, bezahlen mußten. Unter ihnen ruhen viele, viele Proletarier, viele Arbeiter und Genossen, die mit heißer Sehnsucht hofften, sich ihren Anteil an der Schönheit ihrer Heimat, an den kulturellen und geistigen Gütern ihres Volkes, die sie schmerzvoll entbehren mußten, zu erringen. . . . Und viel mehr sehen noch jetzt Blut und Leben dafür ein.

Am demselben 24. März erklang die Schicksalsglocke der Sozialdemokratie dumpf erschütternd aus dem Reichstage. Der Stolz vieler Millionen Arbeiter, die kraftbewußt zum Sozialismus schwören, war die Einheit, die zielbewußte Einigkeit, ihrer, der mächtigsten Partei der Welt. Sie schufen sie aus dem ersten geheimen und doch so unendlich tiefsozialistischen Sehnen ihres Herzens nach hilfebringender Brüderlichkeit gegen die feindlichen Mächte der kapitalistischen Welt. Aus der Tiefe wuchs die Sozialdemokratie empor als die sehnsüchtig erhoffte Befreierin aller Arbeitenden und Schaffenden, der Proletarier der Hand und des Geistes. Not, Verfolgung und Verzeiung, aber auch trotziges Aufbäumen, siegesgewisse Hoffnung und glühende Begeisterung waren die Bausteine, aus denen schließlich der deutsche Kulturtempel des Sozialismus entstand. Trotz dumpfem schier unerträglichem Klassendruck, trotz Mißverständnis und hämischer Verkleinerung erzwang sich die klassenbewußte Arbeiterschaft das Staunen und endlich die bewundernde Anerkennung aller Gegner, errang sie die Weltgeltung der Organisation, politisch und auch gewerkschaftlich. So stand die deutsche Sozialdemokratie da als Triumph beharrlicher Schaffenskraft, der Vermählung der Kraft und des Geistes, der Wissenschaft und der Arbeiter, der Menschheit sieghaft den Weg der Zukunft weisend. Ebenso mächtig wie elnig, und darum so mächtig, weil sie so einig war!

Und nun scheint es nicht mehr so sein zu sollen. Im März 1916 ließ Hugo Haase, der Vorsitzende der Partei, das ihm anvertraute Banner sinken. Er schied mit 17 Freunden aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und gründete eine besondere sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft im Reichstag. Eine Organisation gegen die bisherige Gemeinschaft. Die Organisation des Bruderkampfes, wenn auch nicht nach dem Willen ihrer Glieder, so doch nach dem unentrichtbaren Zwange der Entwicklung. Das Unerfreuliche also war und soll weiter sein: Sozialdemokraten gegen Sozialdemokraten! Obwohl das Erfurter Programm der Partei eindringlich mahnend und wissenschaftlich klar bestimmt:

... Sie kann den Uebergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu

sein. Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten, das ist die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei."

Trotzdem gingen sozialdemokratische Abgeordnete aus der Kampfgenossenschaft. Der äußere Anlaß dazu verbittert den Schmerz über den verhängnisvollen Schritt. Keine besonders wichtige parlamentarische Entscheidung stand in Frage. Weil der Reichstag mit dem Haushaltsplan des Reiches bis zum 1. April nicht fertig werden konnte, sollte in üblicher Weise ein Notgesetz beschlossen werden, das den alten Haushaltsplan über die Zwischenzeit hinaus verlängerte. Keiner neuen Steuer, keiner besonderen Kriegsmahnahme sollte zugestimmt werden. Die sozialdemokratische Fraktion hatte sich deshalb für die Annahme der in der Hauptsache formellen Vorlage entschieden. Ueber alle weiteren Fragen, U-Bootkrieg, Steuern, Zensur, Belagerungszustand und Friedensfrage sollte später verhandelt werden. Auf Antrag der Sozialdemokraten hatte sich der Aeltestenrat des Reichstages ausdrücklich hiermit einverstanden erklärt. Keiner der Genossen, die anderer Meinung waren, hatte auch nur angedeutet, daß er gegen den Fraktionsredner Scheidemann im Reichstage sprechen werde. Und doch trat dann Haase auf die Reichstagstribüne, um in einer scharfen Anklagerede gegen die Entschließung der Fraktion zu protestieren. Leidenschaftlicher soll es im Reichstage selbst nicht bei den Zoldebatten und bei den Verhandlungen über die Anebelung der Kunst durch die Leg. Heinze gestürmt haben. Das unendlich traurigere ist, daß sich in der Empörung gegen diese Ueberraschung Genossen gegen Genossen wenden mußten. Selbst ein so besonnener und zweifellos radikaler Genosse wie Hoch fühlte sich verpflichtet, Haase öffentlich die heftigsten Vorwürfe zu machen. Dieser konnte nur kurze Zeit sprechen und mußte in den empörten Wogen der Erregung einer Wortentziehung weichen.

Schon im Dezember 1915 hatte Haase mit einigen 20 Genossen gegen die Kriegskredite gestimmt; jetzt glaubte er noch schärfer, wie er meinte, gegen den Krieg aufzutreten zu sollen. Er sieht eben in der Zustimmung zu den Kriegskrediten und zum Notetat die Bewilligung des Krieges. Unsere Danziger Genossen können ganz beruhigt sein: Es gibt keine geheimen und nicht aussprechbaren Gründe für den Standpunkt und die Haltung Haases. Diejenigen, die sich mit der Behauptung decken wollen, daß jetzt nicht alles ausgesprochen werden könne, sind ebenso unklare Sozialisten wie schlechte Verteidiger ihrer Ansicht. Wir und unsere Volksmacht wissen am besten, was Belagerungszustand und Zensur bedeuten. Trotzdem sagen wir mit dem vollen Gefühl der höchsten Verantwortlichkeit, die wir gerade in diesen Sturmtagen unseren Genossen schuldig sind: Haase und seine Freunde können sich nicht auf besonderes Geheimwissen berufen, das ihnen die Abspaltung zur Gewissenspflicht gemacht hat. Ihre Meinung, daß die Bewilligung der finanziellen Kriegsmittel uns mit der Verantwortung für den Krieg belastet, ist ein großer und bei parlamentarischen Führern der Arbeiterschaft doppelt unverständlicher Irrtum. Die Führer mußten sich gerade in dem schicksalsharten Ringen dieser Zeit durch klare Einsicht erproben und felsenfest zu ihrer Sache und den Genossen stehen. Es ist nicht wahr, daß die Kreditbewilligung vom 4. August 1914 eine Abkehr von den Grundfäden der Sozialdemokratie und ihrer Kriegsgegnerschaft bedeute. Den Rüttelschwur vom 4. August leistete unsere Reichstagsfraktion nicht der Regierung des kapitalistischen Klassenstaates, sondern dem deutschen Volke und ihren Genossen, um das Vaterland vor fremder Knechtung zu bewahren. Ueber die Tragweite und Bedeutung jenes Beschlusses sollte unter Sozialdemokraten doch wirklich Klarheit bestehen. Kriegsgegnerschaft und Verteidigung des Vaterlandes mit der Waffe sind keine Widersprüche, sondern leider eine Notwendigkeit, solange es Angreifer, wie den Anutzaren und seine Verbündeten, gibt, gegen die Freiheit und Unabhängigkeit geschützt werden müssen. Und es gibt darüber leider keine Täuschung: Trotz des beispiellosen Heldentums der deutschen Kämpfer geht es noch immer und gerade in diesen furchtbaren Tagen um das Sein oder Nichtsein unseres Volkes, das in seiner großen Mehrheit aus Arbeitern besteht. Wir wissen sehr wohl, daß Deutschland auch in Kriege blieb, was es im Frieden war, ein kapitalistischer Klassenstaat. Trotzdem aber und trotz aller Tirpitz-Freunde muß gelten, was leider noch immer wahr ist: Unser Volk kämpft auch jetzt noch gegen

eine gewaltige Uebermacht der Zahl um seine Existenz. Und seine einzige Hoffnung auf Sieg und baldigen Frieden ist das geschlossene Vertrauen aller Volksgenossen in die gute Sache Deutschlands. Wohl verstehen wir sehr gut die leitenden Gedanken der Genossen um Haase. Und wir kennen ihn persönlich sein Wirken viel zu gut, um nicht zu wissen, daß ihm der Schritt nicht leicht geworden und in bester Absicht ausgeführt worden ist. Aber gerade darum sagen wir den jetzt von uns Getrennten: Ihr Schmerz um die Toten ist auch unsere Trauer. Wir fühlen mit allen deutschen Jünglingen und Männern, die verstümmelt wurden. Wir würdigen den Heldenfinn unserer tapferen Frauen und Mädchen und fordern leidenschaftlich, daß ihnen gerechter Dank und tätige Anerkennung werde. Wir klagen zornig an alle diejenigen, die sich aus der Not ihres Volkes habüchlich bereichern. Wir fordern von der Regierung, daß sie, stahhart gegen jede Eigensucht, alle Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung aus dem Wege räumt. Wir wollen Freiheit der Presse, der Rede und Aufhebung des Belagerungszustandes. Wir stehen in der entschiedensten Opposition gegen die neuen Kriegssteuern, die trotz der gebrachtten Blutopfer das Volk belasten sollen. Wir protestieren gegen alle Kriegs- und Annexionsheger. Ein baldiger ehrenvoller Friede soll unserem Volk nach unserem Willen die gesicherte Zukunft bringen und die innige Kulturgemeinschaft mit anderen Völkern ermöglichen. So bleibt unser Standpunkt unbeirrt in der Vertretung sozialdemokratischer Grundfäden, und gerade deshalb müssen wir uns gegen Haase, der als Nachfolger eines Bebel dem großen Proletarierführer durch den Bruch der Einigkeit so wenig Ehre machte, wenden.

Ueber die Vorgänge im Reichstage üben wir keine Spitzterriderei. Wo die Leidenschaft sprüht, muß die Beherrschung schweigen; das ist zu menschlich. Sollte es denn nicht verlegend berühren, als die Reichstagsgenossen erfuhren, daß Haase und seine Freunde schon am Abend vorher Leses Vor gehen beschlossen hatten, aber der späteren Fraktionsführung keine Mitteilung machten? Das war wirklich nicht nur Disziplin-, sondern auch Treubruch, wie es in der später abgegebenen Erklärung der Reichstagsfraktion ausgesprochen wurde. Gibt es etwas Erfreuliches an der Abspaltung der Fraktion, so ist es die Tatsache, daß sie keineswegs etwa auch nur alle Gegner der Kreditbewilligung umschließt. Namhafte Genossen dieser Auffassung blieben neben dem in Danzig geborenen Hoch in der Fraktion und bezeugten so, daß keine Notwendigkeit zur Schaffung der Sonderfraktion besteht. Noch immer ist die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit ihren 90 Abgeordneten die größte Fraktion des Reichstages. Erst nach ihr folgt das Zentrum. Die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft derer um Haase zählt 18 Mitglieder; die Genossen Rühle und Liebkecht stehen außerdem noch für sich abseits. Haase hat folgerichtig den Vorsitz im Parteivorstande niedergelegt.

Haben so leider sozialdemokratische Parlamentarier, die als Vertrauensmänner und Bannerträger ihrer Genossen in den Reichstag gesandt wurden, ein sehr schlechtes Beispiel gerade in ihres Volkes schmerzlichster Zeit gegeben, so müssen jetzt für sie die sozialdemokratischen Arbeiter vor die Front. Die schlecht verhehlte Hoffnung vieler Gegner, auch in der Danziger Lokalspreffe, auf die Spaltung der Sozialdemokratie darf und wird sich nicht erfüllen. Wir sind der frohen Zuversicht, daß sich der Bruderkampf nicht in der sozialistischen Arbeiterschaft fortsetzen wird. Das Ringen um die Erkenntnis der Ursachen des Weltkrieges wird allerdings weitergehen. Etwas so Gigantisches und Grauenvolles muß die Geister schon deshalb in Spannung halten, weil alle Sozialisten mit heißem Bemühen so schnell als möglich das Geheimnis der Verhinderung und Beendigung des Krieges lösen möchten. Ueber diese Sehnsucht nach Frieden und Kultur hinaus muß aber die organisierte und sozialistische Arbeiterschaft wissen, daß ihre Einmütigkeit der einzige unererschütterliche Felsen ist, der sie gegen alle Stürme schützen wird, mögen sie kommen, woher sie wollen. Deshalb gibt es für unsere Genossen jetzt und später in klarer Erkenntnis gegenüber dem Sozialismus das einzige Gebot der Pflicht:

Wir müssen sein ein einzig Volk von Brüdern,
In keiner Not uns trennen noch Gefahr!

Adolf Bartel.

Kriegsnachrichten

Eine Seeschlacht in der Nordsee am
29. Februar

W. I. W. Berlin, 24. März. (Ankündigung) Nachrichten zufolge, die von verschiedenen Stellen hierher gelangt und neuerdings bestätigt sind, hat am 29. Februar in der nördlichen Nordsee zwischen dem deutschen Hilfskreuzer „Greif“ und drei englischen Kreuzern sowie einem Zerstörer ein Gefecht stattgefunden. S. M. S. „Greif“ hat im Laufe dieses Gefechts einen großen englischen Kreuzer von etwa 15000 Tonnen durch Torpedoschuß zum Sinken gebracht und sich zum Schluß selbst in die Luft gesprengt.

Von der Besatzung des Schiffes sind etwa 150 Mann in englische Kriegsgefangenschaft geraten, deren Namen noch nicht bekannt sind. Sie werden von den Engländern, die über den ganzen Vorfalle das strengste Stillschweigen beobachten, von jedem Verkehr mit der Außenwelt abgeschlossen. Maßnahmen hiergegen sind eingeleitet.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Politische Rundschau

Neue Denkwürdigkeiten

In einem der ehrwürdigsten Kleinbürgerblätter, dem Berliner Lokal-Anzeiger, stand neulich im Sprechsaal folgende Zuschrift:

Wenn der Staat die Kinder braucht, warum besteht da noch die Mißachtung der unehelichen Mutter und ihres Kindes? Diese Grausamkeit sollte doch einmal aufgehört werden! Ich will nicht etwa die Unsitte des Wortes reden — aber unsere Sittengesetze sollte man ändern. Es ist jämmerlich, daß ein so armes Geschöpf zellebens verachtet wird, weil sie ein Kind hat. Und sie war doch nur Mensch und das sollte doch niemals eine Schande sein! Warum sollen die Mädchen, denen das Glück einer Ehe versagt ist, auf ihre Bestimmung und ihr heiligstes Recht, die Mutterschaft, verzichten? Der Besitz eines Kindes allein kann die unendliche Sehnsucht stillen, die in jedem gesunden Weibe lebt. Jeder Verstoß ist doch nur ein Notbehelf — das Beste und Höchste im Leben müssen wir entbehren. Ich meine, man sollte dem Mädchen, das mit fünf- und zwanzig Jahren nicht verheiratet ist, das Recht auf ein Kind zugestehen. Doch müßte der Staat für solche Kinder einen jährlichen Erziehungsbeitrag aussetzen. Vor allem aber muß die Schande von der unehelichen Mutter genommen werden! Wer hat das Recht, einen Stein zu werfen, wenn die schwache Frau einmal nicht die stärkere war? Warum bleibt an dem Manne kein Makel, selbst dann nicht, wenn sein Körper durch Krankheiten geschädigt ist? Es geht doch recht wunderbar zu in der Welt! Die Schreiberin würde sich freuen, wenn ihre Ausführungen bei einem oder dem anderen Zustimmung finden würden. Ein Mädchen, das Mutter ist, kann moralisch höher stehen als manche Ehefrau. Denn nicht jede Ehe ist sittlich.

Darauf haben einige alte Lanten mit der nötigen moralischen Entrüstung gegen diese Zuschrift Stellung genommen, aber die Redaktion des Lokal-Anzeigers mußte hinzusehen, daß zu ihrer großen Ueberraschung die gewaltige Mehrheit der Zuschriften sich im Sinne der Anregungen von Schwester M. ausgesprochen habe. Und dabei handelt es sich, wie wir wiederholen, um ein Blatt, dessen Leserschaft ausschließlich von den

rückständigsten Kreisen des Kleinbürgertums gebildet wird. Von den deutschen Zeitungen hat, soviel wir sehen, bisher nur die Kreuzzeitung gegen die Forderung Stellung genommen, den Makel der unehelichen Geburt zu tilgen und dem unehelichen Kinde sein volles Kindesrecht zu geben.

Wir sind wohl neugierig, wie weit sich nach dem Kriege diese menschliche Forderung wird durchsetzen lassen. Bei der Kriegsunterstützung hat man ja schon die frühere Schlechterstellung des unehelichen Kindes beseitigen müssen, bei der Waisenernährung wird man unzweifelhaft nicht anders verfahren können. Das muß der Anfang sein, um überhaupt dafür zu sorgen, daß die Gesellschaft die unehelichen Kinder viel, viel besser schütze als zuvor. Wie weit man zu ihrem Unterhalt den unehelichen Erzeuger und wie weit man dazu den Staat heranzieht, mag eine andere Frage sein. Aber jedenfalls muß das erreicht werden, daß das Kind nicht mehr unter der Last seiner unehelichen Geburt zu leiden hat. Die öffentliche Meinung ist für diese Forderung heute aufnahmefähiger als je zuvor.

Vergehen gegen das Belagerungsgesetz

Vor der Strafkammer des Landgerichts Stuttgart hatte sich Genosse Crispian, der frühere Redakteur der Schwäbischen Tagwacht und ehemalige Parteisekretär Westpreußens, wegen Vergehen gegen das Belagerungsgesetz zu verantworten. Wie die Anklage geltend machte, soll die Straftat durch die Abhaltung einer Vertrauensmännerziehung des Sozialdemokratischen Vereins Groß-Stuttgart verübt worden sein. Crispian wurde wegen eines Vergehens gegen das Belagerungsgesetz zu der Gefängnisstrafe von zwei Monaten und zur Tragung der Kosten des Strafverfahrens verurteilt.

Die Steuerkommission des Reichstages

Die den Genossen Dr. Gradnauer statt des aus der alten Fraktion ausgeschiedenen Genossen Burm zu ihrem Vorsitzenden gewählt hat, trat am Mittwoch zu ihrer ersten Sitzung zusammen. In Rücksicht auf die gleichzeitig stattfindenden hochpolitischen Debatten des Haushaltsausschusses, denen die Mitglieder der Steuerkommission beizuwohnen wünschten, wurde beschlossen, in die sachlichen Beratungen noch nicht einzutreten. Auf Vorschlag des Zentrums beschloß die Kommission weiter, nicht mit der Tabaksteuer zu beginnen, wie in der konstituierenden Sitzung in Aussicht genommen worden war, sondern mit den Postabgaben, und im Anschluß daran den Frachtkundenstempel in Beratung zu nehmen. Begründet wurde der Vorschlag damit, daß möglicherweise bei den Tabakabgaben ein Abstrich gemacht werden könne, wenn bei den Verbrauchsteuern ein Mehrertrag zu erzielen wäre. Unsere Genossen hielten an der ersten Vereinbarung fest. Genosse Molkenbueh wies darauf hin, daß etwaige Änderungen, die infolge der Umgestaltung später beratener Vorlagen an der zuerst beratenen für nötig erachtet werden, noch in der zweiten Lesung vorgenommen werden können. Unsere Genossen blieben mit ihrer Ansicht in der Minderheit. — Wie man hört, trägt man sich im Zentrum mit dem Gedanken, den Quittungsstempel zu einer Umsatzsteuer mit einer ins einzelne gehenden Staffelung der Steuerfüße umzugestalten.

Zur Frage der Volksernährung

Wo steckt unser Fleisch?

Unter dieser Ueberschrift schreibt der hannoversche Volkswille:

„Daß wir mit unseren Nahrungsmitteln, insbesondere mit Fleisch, nicht lustig drauflos wirtschaften können, ist selbstverständlich, aber unsere Vorräte und damit unsere Verforgungsmöglichkeit sind nicht so jammervoll, wie man sie stellenweise behauptet, um damit den gegenwärtigen Zustand der verwerflichen hohen Preise und damit der völlig gestörten Fleischversorgung für die minderbemittelte Bevölkerung zu rechtfertigen, während es für die, denen es nicht an Geld fehlt, keinen Mangel gibt. Daß es nicht so schlimm bestellt ist, wie es zugunsten der spekulativen Bereicherung an Nahrungsmitteln hingestellt wird, zeigt ein Blick in unsere großen Handelsorgane. Seitenweise werden in der Frankfurter Zeitung, im Berliner Tageblatt, in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung u. a. m. Nahrungsmittel, insbesondere auch Fleisch, oft in überraschenden Mengen, angeboten. Die letztgenannte Zeitung enthält z. B. dieser Tage folgende Anzeigen:

Habe großen Posten prima westfälische
Schinkenwurst
und trockenen westfälischen
Schinken
sowie gegen Kasse abzugeben.
W. Ahrens, Herford i. W.
Fernruf 810
20 Zentner Hausmacher-Leberwurst
mit Speckwürfeln
abzugeben, auch in klein. Posten
A. Lönne, Annen i. W.
Fernruf 1049.

200 Ztr. Plockwurst

prima Ware, habe ich anzubieten
Schollholt, Guizburg, Fernruf 290.

300 Zentner allerfeinste Plockwurst
in Kisten zu 400 Pfd.,
400 Zentner vollfetten Edamer Käse
in Kisten zu 24 Kugeln
prompt abzugeben
Gustav & Ernst Brenner, G. m. b. H.
Gelsenkirchen.
Fernsprecher 3579—3630
Telegr.-Adresse: Import

3 Waggon geschlachtele, trocken gefalgene
halbe Schweine
sowie andre Fleischwaren, greifbar
Aug. Dreyer, Witten.

1a gepökeltes Hammelfleisch
50 Fuh
a ca. 110 Kilo, vom Lager abzugeben
Hötte & Kessing, Steele
Fernsprecher 3776 Amt Essen.

300 Zentner gefalgene
Schweine
ohne Kopf und ohne Füße losor ab hier abzugeben.
W. Pack, Mülheim (Ruhr)
Fernsprecher 454.
Das sieht wahrhaftig noch nicht nach Mermlichkeit in der Fleischversorgung aus, eher beinahe nach Feilheit. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es sich um Angebote handelt. Wären wir an Fleisch wirklich schon ausgehungert, dann brauchte man nichts mehr öffentlich hundertgennerweise anzubieten. Und das nur in einer Zeitung in einer einzigen

Zufunftsblüte

Ich weiß eine purpurne Blüte,
die auf Wellen der Zukunft sich wiegt.
Das ist die reinmenschliche Güte,
die Jammer und Elend besiegt.
Aus kühnen Keldern stümmern
die Fäden der weltlichen Luft,
die irdischen Blätter schimmern
in überner Flußströmung.
Hämmern der Freiheit schwingen
und kreisen glanzzerhell,
fern in der Tiefe verankert
die Klagen der sinkenden Welt.

Aus dem Tagebuch eines Poilu

In der Kölnischen Zeitung erschien im Wortlaut das Tagebuch eines französischen Infanteristen vom 43. Infanterieregiment. Es umfaßt die Zeit von Mitte Februar bis 5. April 1915. Das Blatt gibt daraus die bemerkenswertesten Aufzeichnungen in Uebersetzung wieder. Weggelassen sind alle Familiennotizen, Bemerkungen über abgeordnete Briefe, über Essen und Trinken, die breite aber trockene Aufzählung der Bewegungen der Truppe, schlechte Verse. Ein Teil der Aufzeichnungen dürfte auch das Interesse unserer Leser erwecken, denn er zeigt, daß die Stimmung des französischen Soldaten anders ist, als man glauben machen möchte.

Ankunft in Dompierre (Dise) am 14. Februar. Man darf nicht den Namen des Ortes nennen, wo wir im Quartier liegen. Torheit! Denn wir sind wenigstens 20 Kilometer von der Front entfernt. Die Soldaten werden sich für unsere geliebte Regierung schlagen, und wir werden, ob Sieger oder Besiegte, immer gezwungen sein, zu arbeiten, um zu leben, und das Volk wird immer ebenso dumm bleiben, so lange es Menschen gibt. Aber das hindert einen nicht, sich vernichten zu lassen, denn wir werden im Ruhme und bei der Nachwelt weiterleben. Was für Albernheiten! Die größte Dummheit, die ich machen konnte, war die, dem Rufe meines Landes zu folgen, um zu verteidigen — was? Ich weiß es nicht. Immerhin! Verschließen wir die Pille, und versuchen wie sie zu verdauen.

21. Februar. Wir sind etwas 6 Kilometer hinter Dompierre, in Morainvillers. Das Dorf ist größer als das andere; aber die Bewohner machen ein weniger freundliches Gesicht als in dem anderen Dorf. Wahr ist, daß gleich nach der Ankunft man sich über das Bataillon wegen Plünderung eines unbewohnten Hauses beklagte.

Schon in Dompierre war das so gegangen. Diebstähle von Essen waren. Und man will uns weismachen, daß wir besser sind als sie; daß ihr Kulturzustand roher ist! Geht mir doch! Von einigen wenigen abgesehen, sind die Menschen Wilde und Räuber. „Alles für das Maul!“ wie der Straßenbengel sagt. Was werden wir jetzt tun?

25. Februar. Wir stehen fertig da, die Eisenbahnwagen sind seit gestern abend bereit. Noch eine Gegend, wo uns die Leute sagen, die Deutschen benähmen sich ordentlicher. Also, was verteidigen wir denn? Etwa das Land solcher Leute, die die Deutschen lieber haben? Das bringt ein erbitterndes Gefühl in die Truppe.

12. März. Abmarsch um 8 Uhr nach St. Remy sur Bussy, wo wir um 12 1/2 Uhr ankommen. Der Schall des Geschützfeuer nahert sich. Die Bewohner beklagen sich über die französischen Soldaten. Ich habe eine Pächterin gehört, die sich beim Hauptmann Benoit darüber beschwerte, daß sie durch die Gemeindeverwaltung verpflichtet sei, das Feld zu bestellen, und daß sie keine Möglichkeit habe, Pferde zu halten, wenn man ihr das Stroh nehme. Der Major oder Hauptmann antwortete: „Frau, man wird Sie bezahlen oder man wird Ihnen das Stroh zurückgeben.“ — Sie haben niemals was bezahlt. Das sind eben solche Leute, die die Deutschen vor uns bevorzugen. Aus was für Gründen? Na, das ist leicht zu erraten.

13. März. Geschützfeuer zuweilen aussetzend. Wir werden im Kraftwagen nach Bely zwischen Epernay und Châlons fahren. Ich komme wieder zur Sache. Es ist eine Tatsache, daß alle Ortschaften, durch die wir kommen, nicht sehr mitgenommen sind. Sollte das eine Gegend sein, die für die Deutschen während des Friedens gewonnen wurde? Die Blätter erzählen, die Deutschen seien voll Ungeziefers. Und wir? Wir können die Häuser nicht loswerden. Und die Fortschritte! Warum war unser Rückzug nur „strategisch“, wenn man nicht annehmen will, daß der ihrige es auch war? Denn seit dem Moment, wo sie ihren Rückzug von der Marne vollzogen, kann man sie nicht mehr aus ihrer Stellung vertreiben. Es ist ein Unglück, daß die Menschen nicht mehr Mut haben, daß sie angesichts solcher Tatsachen sich nicht auflehnen können. Tatsächlich, das Volk hat nur, was es verdient. Und das Land? Morgen wird das Brot teurer sein. Man wird sagen, es ist Krieg. Was man nicht sagen wird, das ist das „Rechts schwenkt zu vierem!“ und „In Schützenlinien rechts schwarz und links schwenkt!“, und zwar auf Getreidefeldern, die bestellt und schon grün sind. Geht mir doch!

Ankunft in Bely, etwa 50 Kilometer von St. Remy. Das hat mich sehr gewundert (nämlich daß sie jetzt wieder 50 Kilometer hinter die Front abgeschoben werden). Wozu dienen

diese Verschiebungen? Geschicht's wegen der Spione? Geschicht's, um Abwechslung zu bieten und glaubhaft zu machen, daß es noch Mengen von Truppen in Reserve gibt? Jetzt behauptet der Major, die Leute seien nicht ausgebildet. Er soll uns doch schießen lassen, statt des ewigen „Links schwenkt rechts schwenkt!“

31. März. Abmarsch von Reffon (Meuse) um 7 Uhr nach Erize-la-Grande ungefähr 15 Kilometer. Ankunft um 12 Uhr. Schimpferei mit den Bewohnern, die uns beschuldigen, nicht das Notwendige getan zu haben, um die Deutschen aufzuhalten. Aber warum wählen sie diese Dörfer? Und da sie selber besitzen, warum bezahlen sie nicht ein Heer, um sie zu verteidigen? Abmarsch um 9 1/2 Uhr nach Heippes, 23 Kilometer von Verdun. Wir kommen in dieses Dorf um 2 Uhr nachmittags. Vorbeimarsch an der Fahne. Warum?

Der Schreiber fügt ein selbstverfertigtes Gedicht ein, in dem folgende Verse vorkommen:

Die ganze Besatzung war gegen uns sehr freundlich,
Man verschloß uns die Türen und zog herein die Mädchen.
Selbst mit Geld blieb man bei leerem Magen.
Was sind sie doch liebenswürdig die Leute an der Maas!

Abmarsch von Heippes den 2. April, morgens 7 Uhr, Ankunft um 1 Uhr nachmittags, 13 Kilometer von Verdun. Den 3. April Abmarsch von Dugny um 6 Uhr 15 Minuten; Ankunft in einem Wäldchen um 10 Uhr; wir gehen da weg um 6 Uhr nachmittags, um in die Deckungen zu gehen. Das ganze erste Korps ist dort. Man sagt, man versuche die Verpflegung der Feinde nach St. Mihiel hin abzuschneiden mit Hilfe von Marinegeschützen, die vor Loul aufgestellt sind. Abmarsch von dem Wäldchen um 6 Uhr abends. Ankunft in Ville en Woëvre nachts 12 Uhr 30 Minuten. Wir sind vollständig kaputt. Die Schweinehunde! Was für eine Bande von Mördern! Und was für eine Ordnung auf der Straße von Metz! Das erste und das zweite Korps verlassen gleichzeitig ihre Stellung. Das ist ein Gedränge, und niemand geht vorwärts. Alle ohne Ausnahme kriegen's mit dem Ekel. In solchen Augenblicken vermeiden es daher auch die Chefs, uns zu piepsen (emmerder). Ich für meine Person würde mir keine Quäkerei gefallen lassen; denn wenn sie das Recht über Leben und Tod über sich haben, so werde ich es mir erst recht über sie nehmen. Herrgott: sind die Menschen feig und dumm!

In der Nacht vom 4. zum 5. April Angriff durch die 2. und 3. Kompagnie des 43. Regiments ohne Gepäck, an einer Stelle, die man schon zweimal ohne Erfolg angegriffen hat.

Hier hören die Notizen auf; der Verfasser ist bei dem Angriff gefallen.

Gegen! Niemand man dazu, daß berartige Anzeigen täglich zahlreich in allen größeren Blättern von der Art der Rheinisch-Westfäl. Zeitung stehen, so muß man eben in der Auffassung bestärkt werden, daß es mit unserer Fleischoverföhrung nicht gar so schlecht bestellt ist. Damit wollen wir natürlich nicht sagen, daß die Ernährungverhältnisse noch genau so fundiert sind wie vor dem Kriege."

— „Delikatess-Heringsalat“ ohne Hering. Der Wirtschaftsspekulator der städtischen Friedrichshalle in München-Wahlbach, Max Schmitz, betrieb in Aachen als Nebenbeschäftigung die Herstellung von Heringsalat in 5-Pfund-Flaschen und Feldpostpackungen. Sowohl die Elmer wie die für die Soldaten im Felde bestimmten Sendungen trugen die Aufschrift: „Delikatess-Heringsalat in Mayonnaise“. Die Nahrungsmittelpolizei stellte fest, daß die 5-Pfund-Flaschen zwar einwandfrei waren, daß dagegen die für die Soldaten bestimmten Packungen nur zerleinerte Kartoffeln und Rote Rüben, jedoch keine Spur von Heringsalat enthielten. Der Wert eines solchen Feldpostpakets war etwa 15 Pfennig, während der Verkaufspreis 1,25 Mark betrug. Das Schöffengericht in Aachen verurteilte Schmitz wegen Betruges in Lateinheit mit Nahrungsmittelfälschung zu neun Monaten Gefängnis, 1000 Mark Geldstrafe und drei Jahren Ehrverlust; außerdem verfügte das Gericht die sofortige Verhaftung des Verurteilten.

— 10 000 Mark Geldstrafe für einen Landwirt. Der Gutbesitzer Wilhelm R. aus Katharinenhof auf der Insel Fehmarn wurde von der Strafkammer in Kiel wegen Vergehens gegen die Bundesratsverordnung vom 26. Juni 1915 zu 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt. R. lieferte der Stadt Kiel 1000 Doppelzentner Wengstutter, das aus Saatgerste und Bohnen bestand. Die Gerste war aber durch die Bundesratsverordnung beschlagnahmt und durfte daher von R. nicht abgegeben werden. R. wurde vom Gericht mit der Höchststrafe belegt.

Danziger Nachrichten

Der Hering.

Sieben Mäuler um den Tisch...
In der Schüssel schwimmt ein Fisch —
Hering nennt man dieses Vieh,
Einen Kleineren sah ich nie.
Angstvoll starrt er in die Runde
Nun in seiner Sterbestunde —
Sieht, wie rings die Messer blitzen.
Wie sich heutelüftern spitzen
Sieben Mäuler um den Tisch,
Wegen ihm — dem kleinen Fisch.
Abolj Waage in der Ragdeb. „Volksstimme“.

Frühlingsfeier der Arbeiterjugend.

Die dem Weltbefreier Frühling gewidmete Feier der Arbeiterjugend findet, wie schon von uns mitgeteilt, am nächsten Sonntag, den 2. April, von nachmittags pünktlich 6 Uhr, im Bürgergarten in Schilditz statt. Das reichhaltige Programm fordert ein volles Haus. Das Geberene zeichnet sich nach jeder Richtung aus. Neben Damen und Herren freier Kunstbetätigung von ausgezeichnetem Können, ist es ferner gelungen, einen Berufs Künstler von Ruf zu gewinnen. Zum erstenmal kann unseren Freunden auch der hohe musikalische Bemüh eines Besonderen Flügel verhofft werden. Die Arbeiterjugend wird mit neuen Reigen auftreten. Gegenüber dieser Fülle des Vorzüglichen und Schönen muß der Eintrittspreis von 40 Pfennigen als mäßig bezeichnet werden, wenngleich wir sehr wohl wissen, daß er besonders jetzt von manchem drückend empfunden werden wird. Schon der Stolz darüber, daß eine solche Veranstaltung der Arbeiterjugend aus eigener Kraft möglich ist, muß die Entrichtung des Eintrittsgeldes leicht machen.

Im Sinne des Burgfriedens.

Nummer 144 der Danziger Zeitung...
Artikel, der sich mit der Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschäftigt. In den Ausführungen der Danziger Zeitung werden der Minderheit der Fraktion folgende Bedenken vorgetragen:

„Hier haucht, eine der vorzüglichen Persönlichkeiten“,
„hohelichter, im allerersten Dogmenartikel geborenen Reden“, „trüben
Vollkammer“, „Kamerale Haltung der sozialdemokratischen
Parlamentarier“.

Nun unläßlich jedoch der Bericht den die Danziger Zeitung über die betreffende Reichstagsrede brachte, genau 111 Zeilen. Wieriel da auf die „Reden“ hauchte kommen können, braucht wohl nicht erst angebeutet werden. Haucht und die sozialdemokratische Minderheit sind davon überzeugt, durch ihr Verhalten dem deutschen Volke zu dienen. Da sie im Recht oder Unrecht sind, ob sie ihr Mandat im Sinne der Wahlen ausüben oder ob diese anders denken, das wird die Zeit entscheiden. Denn dergleichen Dinge sind, so unangenehm der Danziger Zeitung diese Erinnerung auch sein mag, auch in der Geschichte der deutschen Parteien vorgekommen. Hier die beiden wichtigsten Beispiele, bei denen es die Sonne der Geschichte fügte, daß die Liberalen an Gewinnen dabei ständen:

Nach der Revolution von 1848 war der preussische Liberalismus in reifester Entfaltung. Er überließ der Reaktion das Feld, zog sich ganz vom öffentlichen Leben zurück und ließ auf dem Erben der Krone. Als dieser 1857 die Regierung übernahm und 1858 ein neues Ministerium einsetzte, glaubten die Liberalen besonders Flug zu handeln, wenn sie allen Liberalismus hinter den Spiegel steckten. Damit mußte das neue Ministerium nicht geneigt sein, zu ihm Stellung zu nehmen und etwa das Rückfallen der Reaktionäre zu erzwingen. Diese Partei, die sogar so weit führte, daß angelehnt über die Führer der 1848 abgewählten nicht im Abgeordnetenhaus wählen ließen, behagte den jüngerer, fortwärtigeren Mit-

gliedern der liberalen Partei immer weniger. Schließlich lösten sie sich im Jahre 1861 auf und arbeiteten ein Programm aus, das sie der Partei aufzwingen wollten. Aber wie das auf den Parteitag so zu gehen pflegt — sie fielen damit ab, die Partei blieb bei ihrer Laktit. Nun zogen die jüngeren Mitglieder der Konsequenz; sie traten aus der Partei aus und gründeten eine neue, die sie die „Deutsche Fortschrittspartei“ nannten. Das war die Spaltung. Aber freilich dauerte sie damals nur sozusagen einen Augenblick. Denn alles, was liberal war, strömte sofort der neuen Partei zu und nach 3-4 Jahren war die altliberale Partei von der Schaubühne verschwunden. Schon 6 Monate nach der Gründung der Fortschrittspartei fanden Wahlen statt, so daß die Wähler und die Masse der Parteimitglieder ihre Entscheidung über die neue Gründung fällen konnten.

Wesentlich anders lagen die Dinge bei der zweiten Spaltung der Liberalen im September des Jahres 1866. Die Fortschrittspartei war alsbald nach ihrer Gründung in einen schweren Konflikt mit der Regierung geraten, an deren Spitze 1862 Bismarck trat. Dieser verwandte zu Militärzwecken Geld, das ihm das Abgeordnetenhaus nicht hierzu, sondern zu anderen Zwecken bewilligt hatte. Die Fortschrittler sahen darin einen Bruch der Verfassung, und es gab im Parlament heisse — Redekämpfe durch die sich aber Bismarck nicht im geringsten stören ließ. Als dann die beiden Kriege 1864 und 1866 glücklich für Preußen verliefen, schlug die Stimmung der Wähler um, so daß bei der Wahl von 1866 die Konservativen im Abgeordnetenhaus von 12 auf 125 Mann anwuchsen. Sofort packte Bismarck die Gelegenheit beim Schopfe und forderte „Indemnität“, d. h. nachdem er das Geld entgegen dem Willen des Parlaments verwandt hatte, mutete er diesem zu, jetzt nachträglich sein Einverständnis auszu- drücken. Und sonderbar, gerade die radikalsten Fortschrittler waren dazu bereit! Es kam darüber zu den heftigsten Szenen zwischen den fortschrittlichen Abgeordneten, die sogar im offenen Parlament fast bis zu Brüßeln ausarteten. Bei der Abstimmung trennte man sich, 35 Abgeordnete der Fortschrittspartei bewilligten die Indemnität. Und dann kam auch alsbald die Spaltung. Am 26. September 1866 erschien ein Manifest, worin 24 Abgeordnete erklärten, daß sie aus der Fortschrittspartei austraten und eine eigene, die national-liberale Partei gründeten.

Bei diesen Spaltungen der Liberalen hat es sich nie um einen so ernsten und bedeutungsvollen Gewissenstreit gehandelt, wie den, in den die Abgeordneten unserer Partei geraten sind. Angesichts dieser unbestreitbaren Tatsache wird die Danziger Zeitung unsere Bitte, die Differenzen innerhalb der Sozialdemokratie durch Sozialdemokraten durch Austrag kommen zu lassen, gewiß gerne erfüllen und wird ihre künftigen Leitartikel sicher mehr von Verstandeserwägungen statt von Gefühlswürdlichen leiten lassen.

Beschlagnahme von Altgummi.

Mit dem 1. April 1916 ist eine Bekanntmachung, betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von Altgummi, Gummiabfälle und Regeneraten, in Kraft getreten, durch welche eine größere Anzahl in der Bekanntmachung im einzelnen aufgeführten Sorten von Altgummi und Gummiabfällen sowie Regeneraten beschlagnahmt worden sind. Trotz der Beschlagnahme bleibt jedoch ein Verkauf der Gegenstände an die durch schriftlichen Auftrag ausgewiesenen Beauftragten der Kaufschul-Abrechnungsstelle in Berlin erlaubt. Die Namen der Aufkäufer werden veröffentlicht.

Die beschlagnahmten Gegenstände unterliegen auch einer Meldepflicht. Die erste Meldung hat bis zum 10. April 1916 für den bei Beginn des 1. April 1916 vorhandenen Bestand unter Benennung der amtlichen Meldeformulare für Altgummi und Gummiabfälle zu erfolgen, für die Vorbrücke bei den Postanstalten 1. und 2. Klasse erhältlich sind. Außerdem ist über die Gegenstände ein Lagerbuch zu führen.

Es ist zu beachten, daß von dieser Bekanntmachung alle natürlichen und juristischen Personen betroffen werden, sofern die in Betracht kommenden Vorräte das Gewicht von 1 Kilogramm überschreiten.

Für die Gummifabriken und Regenerierbetriebe durch Einzelverfügungen getroffenen Anordnungen bleiben jedoch unberührt.

Gleichzeitig werden durch eine zweite, ebenfalls am 1. April 1916 erscheinende Bekanntmachung, betreffend Höchstpreise für Altgummi und Gummiabfälle, für alle durch die oben erwähnte Bekanntmachung beschlagnahmten Arten Höchstpreise festgelegt, die bei dem Verkauf von Altgummi und Gummiabfällen an die Kaufschul-Abrechnungsstelle eingehalten werden müssen. Der Wortlaut der Bekanntmachungen ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

Wohnung und Sterblichkeit.

„Wo die Sonne kommt ins Haus, bleibt der Arzt von selber draus!“ Ein altes Sprichwort. Es will sagen, daß auch der Mensch, wie Tier und Pflanze, wie alles Leben, abhängig ist von Luft, Licht und Wärme, den Vernichtern aller Krankheitskeime, den Vorbedingungen alles Werdens, Blühens, Reisens!

Der Geburtenüberschuß wird beherrscht von der Sterblichkeit der Neugeborenen. Zahllose Untersuchungen haben, wie Professor Dr. Siebert-Poll auf dem letzten Kongreß der Deutschen Bodenreformer in Zielstett ausgeführt hat, unwiderleglich gezeigt, daß mit der Zahl der Bewohner auf das Zimmer, mit der Abnahme an Luft, Licht und Sonne in diesem die Säuglingssterblichkeit gleichmäßig zunimmt. Bei scharfer Wohnungskontrolle und Überwachung der unehelichen Kinder starben in Dresden wie in Halle in den heißen Sommermonaten weniger uneheliche als eheliche, zum Teil natürlich gesunde Säuglinge, deren Behausung und Pflege eben seiner Kontrolle und Vorkehrung unterlag. Wo aber die Säuglingssterblichkeit eine große ist, wird sie ihren Todescharakter noch weiter hinaus bis ins letzte und achte Lebensjahr. Des Kind freier mit dem Mutterpreis, es muß erst die Bodenrente durchbrechen, kein echter Kampf gilt den Folgen der großen Wohnungs-

notigkeit. Wer als Arbeiter, als kleiner Beamter, in jedem Beruf und jeder ehrlichen Handlung, mit kleinen Mitteln, aber großer fröhlicher Kinderchar die Wohnungssuche in der Großstadt mehr als einmal über sich hat ergehen lassen müssen, hat die Rote der Scham und des Jorns erfahren auf die stets wiederkehrende Frage: Haben Sie Kinder? Glauben Sie, ich lasse meine Wohnung von anderer Leute Kinder ruinieren? *

Daß die Körpergröße des heranwachsenden Schulkindes, sein Widerstand gegen die Kinderkrankheiten, gegen die Erkrankungen der Atmungsorgane, gegen die ansteckenden Krankheiten: Scharlach, Masern, Diphtherie und Keuchhusten, vor allem gegen die von ihnen geradezu vorbereitete Lungenüberlastung in der ständigen Proletarierwohnung schwer beeinträchtigt werden, ist durch zahllose streng wissenschaftliche Untersuchungen bewiesen. Die Riesenaufwendungen der Städte für Krankenhäuser, Genesungsheime, Lungenheilstätten, die Militärärden, welche unser Reichsversicherungswesen hat aufbringen müssen: sie alle sprechen eine unzweideutige Sprache für eine umfassende Reform des Wohnungswesens.

Der Krankengeldanspruch der Soldaten.

Wer als Soldat die Mitgliedschaft bei seiner bisherigen Krankenkasse fortgesetzt hat, hat Anspruch an die Krankenkasse in dem gleichen Umfang, wie sie jedem anderen Krankenkassenmitglied auch zusteht. Erleidet er eine Krankheit — auch die Verwundung ist eine solche —, so steht ihm der Anspruch auf das Krankengeld zu, wenn die Krankheit berart ist, daß sie Arbeitsunfähigkeit zur Folge hat. Arbeitsunfähigkeit in diesem Sinne liegt vor, wenn der Soldat nicht imstande sein würde, die frühere Arbeit, die seine Versicherungspflicht begründete, verrichten zu können. Natürlich muß der Krankenkasse der Nachweis der Krankheit erbracht werden.

Für den von der Militärverwaltung verpflegten Soldaten besteht natürlich keinerlei Anspruch auf die Gewährung von ärztlicher Behandlung und der Versorgung mit Arznei usw. durch die Krankenkasse. Diese Leistungen gewährt ihm ja die Militärverwaltung. Diese ist zur Gewährung in erster Linie dazu verpflichtet, und deshalb braucht die Krankenkasse diese Leistungen nicht zu gewähren. Wohl aber, wie noch einmal besonders betont werden soll, muß die Krankenkasse ihm Krankengeld gewähren. Dies wird also dem Soldaten neben der eventuellen Lazarettbehandlung und neben der ihm zustehenden Krankenlohnung gewährt.

Ander ist natürlich die Rechtslage, wenn der Soldat, wie es ja in der Mehrzahl der Fälle zutrifft, die Mitgliedschaft bei der Krankenkasse nicht fortgesetzt hat; dann steht ihm nur ein Anspruch auf die oben erörterte Zahlung des Krankengeldes zu, wenn er innerhalb der ersten drei Wochen seit dem Ausscheiden aus der die Krankenversicherungspflicht begründenden Beschäftigung erkrankt (oder verwundet wird). Voraussetzung für die Gewährung des Krankengeldes ist nur, daß der Soldat vor dem Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung in den vorausgegangenen 12 Monaten mindestens 26 Wochen oder unmittelbar vorher mindestens 6 Wochen gegen Krankheit versichert war. Endlich aber auch muß die Erkrankung (oder Verwundung) im Inlande erfolgt sein. Streift besteht darüber, ob nicht auch das von unseren Truppen besetzte Ausland als Inland im Sinne des Gesetzes zu betrachten ist, ob ferner nicht als Inland im Sinne der Versicherungsgelesgebung jedes Land zu erachten ist, in dem deutsche Truppen kämpfen. Es ist nicht erforderlich, daß die Erkrankung schon innerhalb der ersten drei Wochen auch Arbeitsunfähigkeit zur Folge gehabt hat. Ist die Erkrankung nachweislich in den drei Wochen eingetreten und läßt sich das durch ärztliche Bescheinigung dartun, dann wird, wenn diese Krankheit nach Ablauf von drei Wochen Arbeitsunfähigkeit in dem oben erläuterten Sinne zur Folge hat, das Krankengeld von diesem Zeitpunkt ab gewährt.

Da die Ansprüche an die Krankenversicherung in zwei Jahren nach dem Tode der Entstehung verjähren, ist die Möglichkeit gegeben, noch jetzt in vielen Fällen einen Anspruch geltend zu machen, von dem der Berechtigte bisher keine Kenntnis gehabt hat. Man mache unsere Kriegsbeschädigten auf diese Rechtslage aufmerksam.

60 Bestrafungen in einer Woche!

Wegen Höchstpreisüberschreitungen wurden bestraft:

- Eigentümerfrau Auguste Pichrowski aus Eipentzug mit 50 Mark evtl. 10 Tagen Gefängnis.
- Bäckermeisterfrau Gertrud Becker aus Danzig mit 20 Mark evtl. 4 Tagen Gefängnis.
- Besitzer Julius Hoffmann aus Eggershütte, Kreis Karthaus, mit 100 Mark evtl. 20 Tagen Gefängnis.
- Besitzer Karl Kappale aus GutsMuths, Kreis Danziger Höhe, mit 150 Mark evtl. 30 Tagen Gefängnis.
- Eigentümerin Ida Krönke, geb. Rohde, aus Glasberg bei Karthaus mit 50 Mark evtl. 10 Tagen Gefängnis.
- Fleischermeister Johannes Schwofau aus Danzig-Vangjühr, Anton-Müllerweg 8, mit 100 Mark evtl. 20 Tagen Gefängnis.
- Händlerin Rosa Klaffe, geb. Ermanski, aus Friedrichshof, Kreis Karthaus, mit 100 Mark evtl. 20 Tagen Gefängnis.
- Besitzerin Anna Hoppe aus Kollonster, Kreis Karthaus, wegen Ueberschreitung des Höchstpreises für Butter mit 50 Mark evtl. 10 Tagen Gefängnis.
- Fleischermeister Walter Frommann aus Oliva, Markt Nr. 2, wegen Ueberschreitung des Höchstpreises für Schweinefleisch mit 20 Mark evtl. 4 Tagen Gefängnis.
- Fleischermeister Heinrich Frommann aus Oliva, Am Markt 9, wegen Ueberschreitung des Höchstpreises für Schweinefleisch mit 20 Mark evtl. 4 Tagen Gefängnis.
- Händlerin Margarete Zimmermann aus Danzig, Hopfengasse Nr. 98, 100, mit 50 Mark evtl. 10 Tagen Gefängnis.
- Händlerin Marie Peh aus Danzig, St. Rambau 4c, mit 50 Mark evtl. 10 Tagen Gefängnis.
- Jandalsfrau Luise Schulz, geb. Hilla, aus Danzig, Schüsselbamm 24, mit 50 Mark evtl. 10 Tagen Gefängnis.
- Händlerin Justine Pohlmann aus Danzig, Weidengasse 11, mit 50 Mark evtl. 10 Tagen Gefängnis.
- Höhereinhaberin Hulda Garzte, geb. Reich, aus Danzig, Bogenpforte 13, wegen Ueberschreitung des festgesetzten Höchstpreises für Zwiebeln mit 50 Mark evtl. 10 Tagen Gefängnis.
- Bäckermeisterfrau Gertrud Becker, geb. Strunkowski, aus Danzig, Pfefferstraße 79, wegen Ueberschreitung des festgesetzten Höchstpreises für Brot mit 20 Mark evtl. 4 Tagen Gefängnis.
- Bäckermeisterfrau Marie Nisch, geb. Sanßen, aus Danzig, Weidengasse 6 wegen Ueberschreitung des Höchstpreises für Rindertalg mit 50 Mark evtl. 10 Tagen Gefängnis.
- Frau Hermann Dahmer aus Danzig, Hopfengasse 43, wegen Ueberschreitung des Höchstpreises für Häcksel mit 50 Mark evtl. 10 Tagen Gefängnis.

Wegen Verkaufsverweigerung wurden bestraft:

Fleischermeisterfrau **Eleonore Cwidlinski** aus Danzig, Paradiesgasse Nr. 3, mit 15 Mark evtl. 8 Tagen Haft.
 Fleischermeisterfrau **Martha Amalie Dohmann** aus Danzig, Paradiesgasse 10, mit 50 Mark evtl. 10 Tagen Gefängnis.
 Fleischermeisterfrau **Florentine Krohn**, geb. Reimann, aus Danzig, Hädergasse 44, mit 50 Mark evtl. 10 Tagen Gefängnis.
 Fleischermeisterfrau **Ida Wilhelmine Klein**, geb. Borzosta, aus Danzig, Kleine Mühlgasse 9, mit 15 Mark evtl. 5 Tagen Haft.
 Rentier **Andreas Richard Wannow** aus Danzig, Petershagen h. d. Kirche 29, mit 20 Mark evtl. 4 Tagen Gefängnis.
 Händlerin **Auguste Will**, geb. Hoß, aus Danzig, Gr. Mühlgasse 2, mit 30 Mark evtl. 6 Tagen Gefängnis.
 Molkereibesitzer **Gustav Andres** aus Danzig-Schönblick, Unterstraße 2, mit 50 Mark evtl. 10 Tagen Gefängnis.
 Meiereibesitzerin **Berta Krug**, geb. Siebert, aus Danzig, Petershagen 24/26, mit 75 Mark evtl. 15 Tagen Gefängnis.
 Stütze **Martha Dullinski** aus Danzig, Petershagen 24/26, mit 25 Mark evtl. 5 Tagen Gefängnis.
 Fleischermeisterfrau **Lulle Müller**, geb. Kuschel, aus Danzig-Langfuhr, Hauptstraße 82, wegen Verkaufsverweigerung von Schweinefleisch mit 50 Mark evtl. 10 Tagen Gefängnis.
 Händlerin **Elisabeth Lengenfeldt**, geb. Kubeßki, aus Danzig, Schlüssel-damm 47, wegen Verkaufsverweigerung von Weisbrot mit 50 Mark evtl. 10 Tagen Gefängnis.
 Fleischerfrau **Auguste Hallmann**, geb. Krest, aus Ramlau wegen Verkaufsverweigerung von Fleischcarbonade mit 50 Mark evtl. 10 Tagen Gefängnis.
 Händlerin **Magdalene Koneel** aus Danzig, Breitgasse 126, wegen Verkaufsverweigerung von Butter mit 20 Mark evtl. 4 Tagen Gefängnis.
 Tischlerfrau **Charlotke Doh**, geb. Ploß, aus Danzig, Grünerweg 17, wegen Verkaufsverweigerung von Vollmilch an eine Milch-farleninhaberin mit 50 Mark evtl. 10 Tagen Gefängnis.
 Milchfaherin **Marie Flemann** aus Danzig-Langfuhr, Hochstieß 42, wegen Verkaufsverweigerung von Milch mit 20 Mark evtl. 4 Tagen Gefängnis.
 Fleischer **Arthur Emil Doerks** aus Olsan, Danzigerstraße 52, mit 15 Mark evtl. 5 Tagen Haft.
 Wegen Verkaufsverweigerung von Schinken und Jungenwurst in Im Kleinverkauf üblichen Mengen die Fleischermeisterfrau **Alara Palubiski**, geb. Neumann, aus Danzig, Fleischerstraße 1, mit 100 Mark evtl. 20 Tagen Gefängnis.
 Desgl. der Fleischergehilfe **Otto Schwarz** und dessen Ehefrau **Berta**, geb. Claasen, aus Bürgermiesen wegen Verkaufsverweigerung von Schweinefleisch mit je 50 Mark evtl. je 10 Tagen Gefängnis.
 Wegen Verkaufsverweigerung von Schweinecarbonade die Händlerin **Wilhelmine Mueßel**, geb. Schmidt, aus Danzig, Büttel-gasse 3, mit 20 Mark evtl. 4 Tagen Gefängnis.
 Wegen Verkaufsverweigerung von Kohl die Händlerin **Auguste Ratau** aus Danzig-Schönblick, Karthäuserstraße 31, mit 20 Mark evtl. 5 Tagen Gefängnis.

Wegen Nahrungsmittelverfälschung wurde verurteilt:

Meiereibesitzerin **Anna Bernuß**, geb. Stanke, aus Danzig, Lang-garten 84, mit 100 Mark evtl. 10 Tagen Gefängnis.

Wegen verbotenen Schnapsverkauf wurden verurteilt:

Gastwirt **Paul Cieder** und dessen Ehefrau **Auguste Cieder**, geb. Both, aus Danzig-Stadtgebiet, Wurstmachergasse 6, mit je 150 Mark evtl. 30 Tagen Gefängnis.
 Hölerin **Rosalie Wishta**, geb. Waga, aus Danzig, Schichaugasse 14, mit 50 Mark evtl. 10 Tagen Gefängnis.
 Gastwirtin **Josefette Jestranski** aus Danzig, Pfeiferstraße 70, mit 30 Mark evtl. 10 Tagen Haft.
 Gastwirt **Otto Miesche** aus Danzig, Kasernengasse 1a, mit 30 Mark evtl. 6 Tagen Gefängnis.
 Restaurateur **Walter Kube** aus Soppot, Elisabethstraße 91, mit 100 Mark evtl. 20 Tagen Gefängnis.
 Restaurateur **Albert Claasen** aus Danzig-Heubude, Heubudestraße Nr. 1, mit 100 Mark evtl. 20 Tagen Gefängnis.
 Gastwirt **Bernhard Kiewer** aus Danzig, Motlauergasse 7, mit 30 Mark evtl. 6 Tagen Gefängnis.
 Verkäuferin **Wanda Scheffler**, früher Emaus, jetzt in Marienwerder, Lazarettstraße 14, mit 50 Mark evtl. 10 Tagen Gefängnis.
 Gastwirt **Julius Czerninski** aus Danzig, Eimernacherhof 4, mit 30 Mark evtl. 6 Tagen Gefängnis.
 Verkäuferin **Emilie Philipps** aus Danzig, Englischer Damm 19, mit 50 Mark evtl. 10 Tagen Gefängnis.
 Handlungsgehilfe **Johann Malachowski** aus Danzig, Langgarten 115, mit 25 Mark evtl. 5 Tagen Gefängnis.
 Hölereibesitzerin **Justine Kewisch**, geb. Wichmann, aus Danzig, Tischergasse 57, mit 30 Mark evtl. 6 Tagen Gefängnis.
 Gastwirtin **Bertrud Formella**, geb. Herbst, aus Danzig, Kneipab 22, mit 100 Mark evtl. 20 Tagen Gefängnis (einschl. der Strafe für Offenhaltung ihrer Wirtschaft über die Polizeistunde).
 Restaurateurin **Hedwig Koriath**, geb. Reglass, aus Danzig-Neufahr-wasser, Casperstraße 57/60, mit 30 Mark evtl. 6 Tagen Gefängnis.
 Kaufmann **Julius Köcker** aus Ohra, Schönfelderweg 47, mit 50 Mark evtl. 10 Tagen Gefängnis.

Wegen Abgabe von Fleisch an fleischlosen Tagen bestraft:

Speisewirt **Theophil Domke** aus Danzig, Kohlenmarkt 4, mit 50 Mark evtl. 10 Tagen Gefängnis.
 Pensionsinhaberin **Emma Grohmann** aus Danzig, Metzergasse 11/12, mit 25 Mark evtl. 5 Tagen Gefängnis.

Die kombinierte Offerte:

Beit er Schweinefleisch nur bei gleichzeitigen Kauf von Rindfleisch abgeben wollte, wurde der Fleischermeister **Johann Wandt** in Suckhlin mit 50 Mark evtl. 10 Tagen Gefängnis bestraft.
 Aus demselben Grunde wurde der Fleischer **Robert Schönwiese** aus Schönblick mit 50 Mark evtl. 10 Tagen Gefängnis bestraft.

Gedenktage unserer Truppen.

1. **Westpr. Feldartillerie-Regiment Nr. 36.** 17. 3. 15. Recziza, Karenzin und Strzalki. Kampf des Korps gegen bestehende Feldstellung. Durchbruch der Feldstellung des Feindes.
2. **Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 61.** 3. 5. 15. Jednowczef. Jednowczef wird genommen und die Stellung befestigt.
3. **Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 21.** 23. 2. 15. Jemhrzus-Wieski. Verstärkung der Brigade Windheim zum Angriff auf die verstärkte Stellung des Feindes.
4. 25. 2. — 27. 2. 15. Przasnysz. Verteidigung gegen die bei Przasnysz auf das Reservekorps vorgehenden feindlichen Kräfte. Erfolgreiche Abwehr der russischen Infanterieangriffe bei Dbronbief vor angeordnetem Rückzug nach Norden.
5. 7. 3. 15. Dunaj. 3. Balf. L.-A.-R. Nr. 21. Abwehr eines russischen Angriffs im Verein der Brigade von F.
6. 10. 3. 15. Biegłowo. Zurüdtreiben der über die Lpdyntia vorgehenden feindlichen Kräfte.
7. **Batterie Jucharkillerie-Regiment Nr. 17.** 2. 3. — 21. 3. 15. Willenberg (Ostpr.). Grenzschutz und Stellungskämpfe.
8. 22. 3. — 7. 5. 15. Jednoroczyl. Stellungskämpfe, in denen alle mit noch so starken Kräften unternommenen Durchbruchversuche der Russen abgewiesen wurden.
9. **Ersatz-Eskadron Leibhusaren-Regiment Nr. 1.** 4. 3. — 12. 3. 15. Mława. Starker russischer Vorstoß gegen die Stellung südlich Mława, der abgewiesen wird. Die Eskadron ist zunächst in Gegend Tyski, später im Abschnitt zwischen der Eisenbahn Mława-Ciechanow und der Straße Mława-Stregowo verwendet.

Arbeitgeber und Poliere.

Auch die hiesigen Maurer- und Zimmerpoliere haben an die Arbeitgeber des Bauberufs das Ersuchen gerichtet, ihr Einkommen, den teuren Zeitverhältnissen entsprechend, aufzubessern. Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe erteilte darauf dem Verein der Maurer- und Zimmerpoliere folgende Antwort:

In Beantwortung Ihres geehrten Schreibens vom 19. März muß ich Ihnen antworten, daß es sehr bedauernd wirkt, wenn sich jetzt die Poliere in dieser schweren Zeit durch Ihren Verein an die Meister wenden.

Die Poliere stehen an sich besser wie die Gesellen und wissen ganz genau, daß der Lohn des Poliers mit dem Lohn des Gesellen ohne weiteres mitsteigt.

Jeder, der einen tüchtigen Polier hat, stellt denselben ohne weiteres so, wie er es möglich machen kann. Aber unter einen Rahmen lassen sich Poliere einmal nicht bringen.

Viele Freude hat diese sonderbare Ablehnung natürlich nicht auslösen können, dafür um so stärkeren Anmut. Die meisten Poliere standen und stehen noch auf dem Standpunkt, daß ihnen die besondere Wertschätzung der Arbeitgeber gesichert ist. Daraus entstand häufig ein leider gespanntes Verhältnis zu den Gesellen und Arbeitern. Allerdings darf auch nicht übersehen werden, daß die sehr schwierige Stellung des Poliers von jenen nicht selten auch dann erkannt wurde, wenn ein charakterfester Mann in dieser Eigenschaft tätig war. Nun haben die Arbeitgeber behebend eingegriffen und in ihrem Schreiben nachgewiesen, daß die technischen Kräfte und die Poliere im Grunde gleiche Interessen haben. Danach sollten nun auch die Poliere handeln und ohne Sondervereinigung für ihre Interessen im Deutschen Bauarbeiterverbände wirken.

Danziger Finanzwirtschaft.

Unsere Erwartung, daß die durch die Kriegslasten bedingte Neugestaltung der städtischen Finanzen wenigstens die Andeutung einer Neuorientierung zeigen würde, ist böse enttäuscht worden. Der neue Haushaltsplan der Stadt schließt in Einnahme und Ausgabe mit 21 436 000 Mark. Der Fehlbetrag ist für 1916 auf 1 780 000 Mark geschätzt. Die Deckung

ist, soweit nicht die Ermäßigung von Ausgaben eintritt, durch die Erhöhung der Gaspreise, der Elektrizität, der Krankenhauskosten, der Müllsteuer, Kinststeuer, Hunde- und Filialsteuer erfolgt. Da auch die Hinauffegung der steuerfreien Grenze für die Einkommensteuer von 660 auf 900 Mark vom Magistrat abgelehnt worden ist, so sind sämtliche Kriegslasten so gut wie ausschließlich auf die Schultern der wirtschaftlich Schwachen gelegt worden. Der schließliche Steuer-mehrbedarf stellte sich gegenüber 1915 nur auf 225 000 Mark. Die neue Besteuerung der Kinos, des Mülls und der Hunde bringt aber schon über 300 000 Mark ein! Um peinlichst ist die Aufrechterhaltung der Besteuerung der Jahreseinkommen von 660 Mark. Die preußische Regierung schlug schon im Jahre 1889, wo es keine Kriegspreise gab, die Steuerfreiheit bis 1200 Mark Jahreseinkommen vor. In Danzig bleibt es noch jetzt bei 660 Mark. Dabei bedeutet diese scheinbare Behauptung der Steuergrenze tatsächlich eine Ausdehnung der Besteuerung auf noch Minderbemitteltere. Bei den heutigen Preisen stellt ein Jahreseinkommen von 660 Mark gegenüber dem Frieden ein solches von 300 Mark dar. Es ist zwar hoch erfreulich, daß uns die rohe Musiksteuer erspart bleibt. Auch die von einem intelligenten Leser der Neuesten Nachrichten geordnete Kagensteuer wird nicht kommen. Trotdem liegt sachlich gar kein Anlaß zu der Befriedigung der Danziger Zeitung und der Neuesten Nachrichten darüber, daß der Einkommensteuerzuschlag von 220 Prozent nicht erhöht werden soll, vor. Nur die Erhöhung dieser sowie der Grund-, Gewerbe- und Betriebssteuern, unter Freilassung der Einkommen unter 900 Mark und unter Fortfall all der neu beschlossenen Steuern, sowie die Besteuerung der Bodenspekulanten, wäre eine lobenswerte Tat gewesen. Dem Allgemeinwohl wird durch die jetzt betriebene Steuerpolitik der Stadt nicht genügt. Schon darum nicht, weil dieser anscheinend günstige Abschluß nur dadurch erzielt wurde, daß die Stadt Danzig ihre Pflichten gegen die Frauen und Angehörigen unserer Krieger nicht so erfüllt hat, wie die meisten anderen Großstädte.

Eine 15 000 Mark-Forderung.

Schon vor dem Kriege endete die frühere Ortskrankenkasse der vereinigten Fabrik- und Gewerbebetriebe im Bankrott. In ihrer Generalversammlung und im Vorstände saß kein Vertreter der organisierten Arbeiter; Vorsitzender war der Fabrikant **Willy Paul** in Firma **Bormfeldt & Salewski**. Der für eine Krankenkasse, die gesetzlich zur Ansammlung eines Reservefonds verpflichtet ist, ungewöhnliche gerichtliche Konkurs endete für die Gläubiger mit einem Verlust von annähernd 15 000 Mark. Diesen Ausfall wollen sie deshalb nicht tragen, weil sie der Ansicht sind, daß er nicht möglich gewesen wäre, wenn der Vorsitzende und die Vorstandsmitglieder rechtzeitig ihre gesetzliche Pflicht erfüllt und für den genügenden Reservefonds gesorgt hätten. Deshalb ist jetzt gegen **Paul** und **Genossen** die Klage auf Ersatz des Verlustes eingeleitet. Es wird von den Klägern auch erwogen, den Magistrat als Aufsichtsbehörde haltbar zu machen, wenn die Beklagten nicht zahlungsfähig sein sollten.

Ein ähnliches Vorgehen droht der vom Rechtsanwalt **Fabian** geleiteten früheren Ortskrankenkasse für Handels- und Geschäftsbetriebe. Es gelang ihr durch persönliche Verhandlungen um einen gerichtlichen Abschluß ihres Daseins heranzukommen. Dies ging aber ebenfalls nicht ohne Einbuße für mehrere Gläubiger. Dies wollen nun ebenfalls, daß ihnen jeder Nachteil von den dafür Verantwortlichen erlegt wird.

Zu einem Gutachten über den Lebensmittelwucher gelangte die Danziger Zeitung dieser Tage. Der Herr Minister des Innern hat nämlich die Regierungspräsidenten aufgefordert, daß sie den Polizeibehörden Anweisung geben, den Lebensmittelwucherern schärfer auf ihre Schliche zu passen. Die Danziger Zeitung druckte am 23. März den Erlaß ab und fügte hinzu:

„Die Notwendigkeit eines derartigen Erlasses ist nicht zu verkennen, zur Ehrenrettung der Danziger Gewerbetreibenden kann aber festgestellt werden, daß in Danzig bisher kein Fall von Lebensmittelwucher vorgekommen ist.“

Das war sehr unvorsichtig, denn zufällig befand sich in derselben Nummer eine besonders lange Liste von verurteilten

Neueste Frühjahrs-Moden



in: **Damen- und Herrenstiefel** :: ::
Knaben-, Mädchen- und Kinderstiefel
Halbschuhe und Konfirmandenstiefel

Eleganteste und gute Passformen in allen Preislagen.
 Trotz der enorm hohen Lederpreise **staunend billig**
 und des großen Mangels an Leder
 weil eigene Fabrikate.

Schuh-Sport Flaum Langgasse Nr. 84

Neue und **Fahrräder**
 gebrauchte
 sämtl. Ersatzteile, Federn, Schläuche.
Mähmaschinen
 in feinsten Ausführung. [33
 Karbidlampen, Taschenlampen,
 Gas- und Spiritusstrümpfe.
A. Hein, Breitgasse 113.

Zentral-Bibliothek
 Danzig
 4. Damm 7, II (Eing. Häfery.)
 ca. 2000 Bände
 Geöffnet Mittwoch 7—8 Uhr
 Sonnabend von 8—8 Uhr
 Allen Gewerkschafts-
 und Parteigenossen
 zur unentgeltlichen
 Benutzung auf das
 wärmste empfohlen
 Die Bibliotheksverwaltung

An die Partei!

Was von einem Teil der Parteiminderheit seit Monaten systematisch vorbereitet wurde, ist jetzt unheilvolles Ereignis geworden. 18 Mitglieder der Reichstagsfraktion, die schon durch ihr Sondervorgehen am 21. Dezember die Parteieinheit aufs schwerste gefährdeten, haben am letzten Freitag durch ein erneutes, noch weit mehr parteischädigendes Vorgehen die Fraktionsgemeinschaft vernichtet.

Wir haben es seit geraumer Zeit an eindringlichen Warnungen gegen die Spaltungspläne und die Zerstörungsbauarbeit jener Gruppe nicht fehlen lassen. Wir haben auf die schweren Gefahren hingewiesen, die aus solch unverantwortlichem Vorgehen unfehlbar für die ganze deutsche Arbeiterschaft entstehen müssen. Alle Mahnungen und Warnungen wurden in den Wind geschlagen. Hartnäckig und jedem parteigenösslichem Ratsschlag unzugänglich, sind diese Parteimitglieder auf ihrem verderblichen Wege weitergegangen. Sie haben die Geschlossenheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die solange ein Stolz der deutschen Arbeiterklasse war, gesprengt. Dieses Zerstörungstreiben zieht aber mit Notwendigkeit weitere und noch schlimmere Folgen nach sich: Jetzt ist die Fraktion gesprengt worden, und schon ist man dabei, wie es Einige mit dreister Offenheit anklagen, das organisatorische Gefüge der Partei selbst auseinanderzusprennen. Wenn jetzt nicht die Parteigenossen in unerschütterlicher Treue zur Partei stehen, so wird die Gefahr einer vollständigen Zerrüttung unserer großen Partei heraufbeschworen werden.

Unter denkbar schroffsten Provokationen haben die Achtehn den Bruch mit der Fraktion vollzogen. Als Disziplinbruch nicht nur, als Treubruch ist dieses Vorgehen bereits von der Fraktion gekennzeichnet worden. Und mit Recht! Niemand konnte erwarten, daß das Notgesetz zum Anlaß der neuen Sonderaktion benutzt werden sollte. Das Notgesetz bedeutet lediglich eine Ermächtigung für die Fortführung der Reichsgeschäfte im Rahmen des bisherigen Etats, weil der ordentliche Etat bis zum 1. April nicht fertiggestellt werden konnte. Die Fraktion hat sich ihre Stellung zum Hauptetat 1916/17 ausdrücklich vorbehalten. Solche Notgesetze sind in früheren Jahren stets erledigt worden, ohne daß unsere Fraktion dabei eine politische Debatte für angebracht hielt. Es war stets ein für die Politik unserer Partei unwesentlicher Vorgang. Niemand von den Achtehn hat in der Fraktionsfraktion, in der über das Notgesetz diskutiert wurde, auch nur mit einem Wort angedeutet, daß sie sich dem Beschluß nicht fügen und eine Sonderaktion im Reichstag unternehmen würden. Ja, sie hatten sogar schon am Tage vorher die Sonderaktion verabredet und ausdrücklich beschlossen, diese Absicht der Fraktion zu verheimlichen. Dieses empörende Verfahren hat die erregten Vorgänge im Reichstag heraufbeschworen.

Es ist wieder die Behauptung aufgestellt worden, daß die Mehrheit der Fraktion im Widerspruch zu der früher geübten Praxis, das Verlangen der Minderheit, einen Redner aus ihrer Mitte zu nehmen, abgelehnt, und so die Minderheit vergewaltigt habe. Das ist eine durchaus wahrheitswidrige Darstellung. Die Parteigenossen konnten aus den Reichstagsberichten entnehmen, daß, wie früher, so auch in der Kriegszeit, stets Fraktionsmitglieder der verschiedenen parteitaktischen Anschauungen als Redner bestellt worden sind. Seit Kriegsbeginn haben 22 Redner der Minderheit und 30 Redner der Mehrheit im Reichstag gesprochen. Noch am Tage vorher hatte ein Redner der Minderheit zur Steuerdebatte im Auftrage der Fraktion das Wort erhalten. Das Verlangen der Minderheit war aber ein anderes. Sie forderten für sich das Recht, einen den Fraktionsbeschlüssen widersprechenden Standpunkt zu vertreten. Etwas derartiges ist selbstverständlich niemals Praxis in unseren parlamentarischen Körperschaften gewesen. Nie ist es gestattet gewesen, daß ein Redner unserer Partei für ein Gesetz, der andere gegen dasselbe sprechen konnte. Stets hat sich die Minderheit den Beschlüssen der Fraktion untergeordnet.

Ein nicht minder schwerer Verstoß gegen die Wahrheit liegt in der Behauptung, die achtzehn Mitglieder seien zur Gründung der neuen Fraktion veranlaßt worden, weil sich innerhalb der Mehrheit eine Abkehr von dem bisherigen sozialdemokratischen Standpunkt vollzogen habe. Wir weisen es von neuem aufs entschiedenste zurück, wenn man die Stellungnahme der Fraktionsmehrheit als eine Abkehr von den sozialdemokratischen Grundsätzen auszugeben versucht. Die Fraktion hat so gehandelt, wie sie auf Grund der stets von der Partei zur Landesverteidigung eingenommenen Stellung zu handeln verpflichtet war. Sie befand sich dabei auch in Uebereinstimmung mit zahlreichen Erklärungen der berufensten Wortführer des Sozialismus, von Marx und Engels bis Wilhelm Liebknecht und Bebel. Es ist verwerflich, die bestehenden Meinungsverschiedenheiten derart zur Irreführung der Parteigenossen auszunützen, daß der eine Teil der Partei den anderen des Verrats an den sozialdemokratischen Grundsätzen bezichtigt.

Die Gründer der neuen Fraktion machen den Versuch, ihr Unternehmen den Parteigenossen in möglichst harmloser Beleuchtung vorzuführen. Es sei, sagen sie, nur die Konsequenz ihres Vorgehens am 21. Dezember; es sei ein unschädlicher Vorgang, der nicht zur Parteispaltung führen werde. Es ist jedoch eine innere Unmöglichkeit, daß eine einheitlich organisierte Partei in einem Parlament zwei Fraktionen haben kann. Die beiden Fraktionen werden nicht miteinander im Dienste der Arbeiter wirken können, und das selbständige Auftreten der neuen „Arbeitsgemeinschaft“ wird fortgesetzt zu Streitigkeiten Anlaß geben. Wer wird glauben, daß die Spaltung der Fraktion ohne verhängnisvolle Rückwirkungen auf die Parteiorganisationen im Lande bleiben kann? Nicht nur droht die Gefahr, daß der Kampf um die Fraktionspaltung überallhin verwirrend und das Parteileben vergiftend sich ausbreiten wird. Es werden sich einzelne Parteigenossen und Gruppen finden, die durch das Vorbild der neuen Fraktion verlockt, die Frage stellen: Was den Reichstagsabgeordneten recht ist, sollte es auch billig sein? Sollen die Genossen und Genossinnen im Lande es auch fernerhin als ihre Pflicht erachten, die Einheit der Organisation und die Einfügung in die von ihren Organisationen gefassten Beschlüsse hochzuhalten, während Abgeordnete, Genossen in höchsten Ehrenämtern der Partei, diese Pflicht mit Füßen treten dürfen? Sollen es Parteigenossen erster und Parteigenossen zweiter Klasse geben? Jeder Parteigenosse, der nur ein wenig im Parteileben mitgearbeitet hat, erkennt ohne weiteres, daß jene Separatisten unser ganzes Parteileben aufs Spiel setzen. Die Gefahr, von der die deutsche Sozialdemokratie bedroht wird, ist überaus groß!

Und was soll nach der Meinung der Achtehn Sinn und Zweck der lärmenden Aktionen sein? Es soll durch Ablehnung der Kriegsmittel und oppositionelle Kundgebungen auf die deutsche Regierung ein Druck ausgeübt werden, damit das Ende des Krieges bald herbeigeführt werde. Das ist aber eine gänzlich verfehlte Vorstellung. Die Regierungen des Vierverbandes, die bisher jede Bereitschaft zu Friedensverhandlungen von sich gewiesen haben, setzen ihre Hoffnung auf eine lange Dauer des Krieges. Sie stellen dabei in Rechnung nicht nur die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, sondern auch das Aufblühen innerer Zwietracht im deutschen Volke. Und die sozialistische Fraktion in Frankreich wie die Arbeiterpartei in England teilen diese Auffassung und haben die Politik ihrer Regierungen, denen sie selbst angehören, in jeder Weise unterstützt. Die deutsche Sozialdemokratie hat seit mehr als Jahresfrist für die Beendigung des grausigen Blutvergießens sich andauernd bemüht. Sie hat alles, was in ihrer Macht stand, getan, um die internationalen Verbindungen mit den sozialistischen Parteien wieder herzustellen und eine in allen Ländern gleichzeitige und gleichmäßige Bewegung für den Frieden herbeizuführen. Aber alle Bemühungen sind gescheitert. Die Vertretungen der englischen und französischen Arbeiterschaft — abgesehen von einigen rühmlichen Ausnahmen — lehnen beharrlich ab, auch nur über die Förderung des Friedens mit uns zu sprechen, sie fordern vielmehr die Fortsetzung des Krieges bis zur Niederwerfung Deutschlands.

Vor der harten Wirklichkeit dieser Tatsachen verschließen jene Achtehn beharrlich ihr Auge. Sie sehen die Dinge nicht, wie sie sind. Sie jagen einem Trugbild nach und zerstören dabei die Einheit unserer Partei.

Zu keiner Zeit bedurfte die deutsche Arbeiterklasse mehr als jetzt der geschlossenen festesten Einigkeit. Wir stehen im Kampf gegen die Lebensmittelteuerung, gegen die neuen Verbrauchs- und Verkehrssteuern. Wir gehen neuen großen Kämpfen entgegen. Mannigfaltige, für die Arbeiterklasse hochwichtige Aufgaben müssen gelöst werden. Wir wollen den Einfluß der Arbeiterschaft auf den Friedensschluß zur Geltung bringen, damit der Friede ein heilsamer werde für unser Volk und für die Menschheit. Wir bedürfen der voll gesammelten Kraft aller unserer Organisationen, um nach Beendigung des Krieges die Lebensinteressen des Proletariats gegen die Macht des Kapitalismus zu schützen. Einigkeit und Kameradschaftlichkeit tut da mehr denn je not! Statt dessen werfen einige Verblendete die Fackel der Zwietracht in den Bau des Sozialismus, den Tausende und Abertausende unserer Genossen und Genossinnen in vieljähriger, opfervoller Arbeit errichtet haben.

Parteigenossen und Genossinnen! Wir rufen Euch nochmals zu: Die Gefahr, die der Partei droht, ist groß! Diejenigen, die die Reichstagsfraktion gespalten haben, werden auch nicht zurückschrecken, die Partei zu spalten.

Parteigenossen! Das soll nicht geschehen! Das darf nicht geschehen! Von Euch muß der Widerstand kommen gegen jenes verwerfliche Beginnen. Eure heilige Aufgabe ist es, die Arbeiterbewegung vor schwerster Zerrüttung zu bewahren.

Schützt die Partei!

Berlin, den 27. März 1916.

Der Parteivorstand.

Der Vorstand der Reichstagsfraktion.

Schließt die Reihen!

Der Parteiauschuß.

Kriegsnachrichten

Vor Ende des Sommers?

Barcelona, 28. März. Laut Pariser Depeschen verläutet dort, daß im Mai dieses Jahres Waffenstillstand und im Sommer Friede sein wird.

Die Friedensgerüchte jagen sich. Die Blätter der neutralen Staaten sind voll davon. Aber auch in den kämpfenden Ländern taucht immer häufiger und in immer neuen Verbindungen das Wort Frieden auf. Bald als Wunsch der Völker, bald als Ende des entsetzlichen Ringens herbeisehnen, bald als zahnemirrisches Zugeständnis französischer Militärs, die alle Hoffnungen und Berechnungen enttäuscht sehen, bald als Abwehr englischer Wehrpflichtiger, die sich mit der neuen Ordnung nicht abfinden können, bald als letzte Zuflucht russischer Reaktionsäre vor der kommenden Revolution.

Nun wäre es sinnlich, die Verhältnisse so einfach aufzulassen, als ob das obige Barzelonaer Telegramm aus Paris es tut, das bestenfalls als Fühler gewertet werden kann. Denn ein einzelner Staat kann nicht jagen: im Mai Waffenstillstand, im Sommer Friede, weil die anderen dabei auch mitreden, wäre aber eine Mehrheit von Staaten über diesen Gang einig, dann bräuchten sie selbst bis zum Mai nicht warten. Immerhin liegt in diesen Prognosen doch eine ganz andere Stimmung als in den bisherigen Kriegsmonaten, denn wenn sich jetzt also eine Friedensstimmung in den feindlichen Ländern lebhafter her-

vorwagt, so geschieht das offenbar unter notgedrungenem Druck der Machthaber, welche das Gewaltmittel der Zensur regieren, sie lassen die Töne durch, die in Frankreich immer lauter erklingen, weil sie sich anders keinen Rat wissen und kein Ende mehr denken können. Ohne also die Prophezeiung Mai-Sommer wörtlich nehmen zu wollen, darf sie doch als Symptom gewürdigt werden.

Rücktritt des russischen Kriegsministers

Der Kriegsminister General Polikowanow ist auf sein Ansuchen seines Amtes enthoben und zu seinem Nachfolger der Chef der Intendantur, General der Infanterie Schurawlow, ernannt worden.

Der englische Minister Lloyd George für Sieg und baldigen Frieden

In Paris wird demnächst eine Konferenz von Staatsmännern der Mächte des Vierverbandes zusammenkommen.

Der „Rotterdamische Courant“ meldet aus London: In der Unterhausfraktion am Donnerstag sagte Lloyd George in einer Rede über die Pariser Konferenz: Er sei dagegen, daß auf dieser Konferenz die Frage von dem Freihandel, der Tarifreform oder der Vorzugszölle zum Sprache gebracht werde. Wir müssen alle unsere Kräfte anspannen, um den Krieg zu gewinnen, aber man darf Vergeltung nicht mit Geschäft verwechseln. Wer

erlebte jemals, daß ein Handelsunternehmen glückte, bei dem die Rache eine Rolle spielte? Der Krieg zeigte, daß wir in einigen wichtigen Industriezweigen von dem Feinde abhängig sind. Das soll fortan nicht mehr der Fall sein. Wir sollen aber vermeiden, die große Sache der Freiheit, für die wir kämpfen, dadurch herabzuziehen, daß wir dem Kriege den Charakter eines Handelskrieges geben. Tische der Geldwechsler dürfen nicht in den Tempel gelassen werden. (Lauter Beifall.) Die Konferenz ist die erste dieser Art. Ich würde nicht nur überrascht, sondern enttäuscht sein, wenn sie die letzte wäre. Wenn wir uns daran machen, den Handel Europas für künftige Geschlechter zu organisieren, muß dies mit Ueberlegung und Sorgfalt geschehen. Die Tariffrage ist nicht die einzige, es gibt viele wichtigere Fragen, z. B. unsere Beziehungen zu Rußland, wo sich für den Handel unbegrenzte Möglichkeiten eröffnen. Es wird verständlich sein, auf der ersten Konferenz nur leise auf den Busch zu klopfen. Wir müssen den anderen zeigen, wie wir darüber denken. Die anderen Nationen müssen sagen, wie sie denken.

Unser Hauptziel muß es sein, den Krieg so wie möglich zu beenden. Alles andere kommt erst in zweiter Linie. Lloyd George will also auch nach dem Kriege am Freihandel festhalten.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur Gustav Schröder, Danzig
Verlag Volkswacht J. Geßl u. Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

Singer
unübertroffen
die Vorzüge
Singer Läden überall

Echt garantiert reingekachelten
Schnupftabak
aus erstklassigen Kentuckyblättern empfiehlt die Schnupftabakkachelei
Julius Gosda, Danzig
Rohtabakhandlung,
Häkergasse 5, II. Priestergasse Nähe der Markthalle.

Trauer-
Hüte in reicher Auswahl.
Blusen Handschuhe zu billigsten Preisen.
Julius Goldstein
Lawendelgasse 4, gegenüber der Markthalle.

Beratungsstelle für Hausfrauen
in der Aula der Scherlerischen Schule, Poggendorf 16
jeden Mittwoch von 7-9 Uhr
Kostproben von einfachen Mittagsgerichten, zeitgemäße Vorträge, Aussprache.
Kriegsbilfe für Danzig. Nationaler Frauendienst.

Was lese ich jetzt?
Herzen im Kriege
Schilderungen und Geschichten
Eine Auslese von Dr. Franz Diederich
Band 17 und 18 der Fortuna-Bibliothek
Preis gebunden 1 Mk.
In dieser Sammlung sind ferner erschienen:
1. **Erweckt.** Roman aus dem Proletarierleben von H. Ger.
2. **Der Ausweg.** Eine Erzählung von Ernst Bergang.
3. **Das Land der Zukunft.** Reisebeschreibung von Leo Kollb - Mit einer Einleitung von Paul Göhre.
4. **Bersährabene's Volk.** Erzählungen von R. Grösch.
5. **Der Prinzpionier.** Eine Erzählung aus dem Jahre 1848 von Wilhelm Sies.
6. **In den Tod getrieben.** Zwei Erzählungen von Ernst Bergang.
Die mit * bezeichneten Bände sind auch für die jüngere Jugend empfohlen.
Buchhandlung Volkswacht
Danzig, Paradiesgasse 32.

Fertige
Prüfungs- u. Einsegnungs-Anzüge
Einsegnungs-Kleider
in allen Preislagen
4% Rabatt 4% Rabatt
Ertmann & Berlewitz
Holzmarkt 23, 25-26.

Betten
Bettfedern, Daunenn, Einrichtungen, etc. Bettgestelle.
Grosse Auswahl, billige Preise.
Bettfeder-Reinigungs-Anstalt
Häkergasse 63, a. d. Markthalle
Telephon 2788. 154

Damen- und Herren-Fahrräder
Ersatzteile Mäntel Schläuche
in reicher Auswahl enorm billig.
Reparaturen
sachgemäß, schnell und billig.
G. Elms,
Fahrradgroßhandlung,
1. Damm 22/23 und Breitgasse.
Telephon 3478.

Gute Volks- und Jugendbücher
zum Preise von 10-50 Pfennigen
empfehlen in reicher Auswahl
Buchhandlung Volkswacht
Danzig, Paradiesgasse 32

Die Kunst des Einkaufens
Zum richtigen Einkauf gehört nicht nur ein guter Geschmack, sondern auch eine gewisse Warenkenntnis; das Wichtigste aber ist, ein Geschäft aufzusuchen, wo man sachgemäss und reell bedient wird.
Die grosse Auswahl, die ich in allen Abteilungen bringe, erleichtert meinen Kunden, alles nach Wunsch und Geschmack zu finden. Ich empfehle:
Sport-Paletots in eleganten Fassons **28⁵⁰ bis 65⁵⁰ M**
Herrn-Anzüge 1- und 2reihig, in verschiedenen Farbentönen **22⁵⁰ bis 75⁵⁰ M**
Einsegnungs-Anzüge 1- und 2reihig in blau und schwarz **16⁵⁰ bis 45⁵⁰ M**
Prüfungs-Anzüge 1- und 2reihig, in haltbaren Stoffqualitäten **13⁵⁰ bis 38⁵⁰ M**
Echt Kieler-Anzüge mit kurzen und langen Hosen **12⁵⁰ bis 35⁵⁰ M**
Knaben-Kleidung in grösster Auswahl
Fernspr. **J. Rosenbaum** Breitgasse 2121 128/9.
Alleiniger Lieferant des Konsumvereins für Danzig. [110]

No 18 J. Borg
ges. geschützt
mit Mundstück und Goldmundstück
ist und bleibt die
beste 2 Pfg.-Zigarette.
Eine willkommene Liebesgabe für unsere Krieger im Felde.
Überall erhältlich.
Zigarettenfabrik Sтамbul J. Borg
G. m. b. H. Danzig. [111]

Achtung! Weiße Waschseife!
Nur soweit Vorrat vorhanden ich meine weiße, weiche Seife, gut geeignet für alle Zwecke, geruchlos, gut schäumend, garantiert unschädlich für die Wäsche, 100 Pfund für Mk. 28.—, 50 Pfund für Mk. 35.—, 1 Probe-Packung (10 Pfd. br.) für Mk. 6.95
Nachnahme oder Porto bezug frecht. Verpackung frei! Bahnsendungen nur gegen Vorauszahlung! Nicht zu verwechseln mit billigeren, minderwertigen Seifen.
Kaufmanns-Station und Post angeben! Viele Nachbestellungen. R. Otto, Berlin 120, Holzmärktstraße 54. [87]

Gelesene Nummern der Volkswacht werfe man nicht achtlos fort, sondern lasse sie uns noch Fernstehenden zukommen :: ::

Neueste Nummern des
Vorwärts
Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie
am Erscheinungstage
10 Pfennige
Buchhandlung Volkswacht
Paradiesgasse 32.

Jetzt bekommen Sie bei nasser Witterung
nasse Füße
und schwarze Zimmerböden
weil Sie Wasser schuhcreme benötigen.
Verwenden Sie
Dr. Gentsners Del-Wachs-Lederputz
Migrin
dieses ist durch Wasser nicht lösbar, das Schuhzeug bleibt schön und Regen absolut trocken und auch der fleischfarbene Glanz hält sich. Stets prompt lieferbar, ebenso Schuhschwarz und Universal-Stran-Lederfett.
Carl Gentsner, chem. Fabrik, Göppingen (Württ.)

Bekanntmachung.
Mit dem 1. April 1916 tritt eine Bekanntmachung betr. Beschlagnahme und Bestandshebung von Altkummi, Gummiabfällen und Regeneraten in Kraft. Gestattet bleibt der Verkauf an die durch schriftlichen Auftrag ausgewiesenen Beauftragten der Kaufschuldenrechnungsstellen in Berlin. Die beschlaggenommenen Bestände unterliegen der Meldepflicht. Die erste Meldung hat bis zum 10. April 1916 für den bei Beginn des 1. April 1916 vorhandenen Bestand zu erfolgen. Zur Meldung sind amtliche Meldeformulare zu benutzen, die bei den Postanstalten 1. und 2. Kl. erhältlich sind. Ebenfalls mit dem 1. April 1916 tritt eine Bekanntmachung betreffend Höchstpreise für Altkummi und Gummiabfälle in Kraft. In dieser werden die Höchstpreise festgelegt, die beim Verkauf von Altkummi oder Gummiabfällen an die Kaufschuldenrechnungsstellen einzuhalten sind.
Beide Bekanntmachungen sind im vollen Wortlaut in den Regierungs-Amts-Kreisblättern und öffentlichen Anschlägen einzusehen.
Danzig, Graudenz, Thorn, Kulm, Marienburg,
den 18. März 1916.

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.
Der kommandierende General.
gez. v. Schack, General der Infanterie.
Der Gouverneur der Festung Graudenz.
J. B. gez. Zillmann, Generalmajor.
Der Kommandant der Festung Kulm.
gez. v. Blünow, Generalmajor.
Der Gouverneur der Festung Thorn.
gez. v. Dickhuth-Harrach, Generalleutnant.
Der Kommandant der Festung Danzig.
gez. v. Pfuol, Generalmajor.
Der Kommandant der Festung Marienburg.
gez. Frhr. v. Rechenberg, Generalmajor.

Bekanntmachung.
Die Verordnung vom 25. Januar 1916 (IVa 474) betreffend Viehankaufverbot wird nunmehr auch für den Verkauf von Schweinen aufgehoben.
Danzig, Graudenz, Thorn, Kulm, Marienburg,
den 23. März 1916.
Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.
Der kommandierende General.
gez. v. Schack, General der Infanterie.
Der Gouverneur der Festung Graudenz.
J. B. gez. Zillmann, Generalmajor.
Der Kommandant der Festung Kulm.
gez. v. Blünow, Generalmajor.
Der Gouverneur der Festung Thorn.
gez. v. Dickhuth-Harrach, Generalleutnant.
Der Kommandant der Festung Danzig.
gez. v. Pfuol, Generalmajor.
Der Kommandant der Festung Marienburg.
gez. Frhr. v. Rechenberg, Generalmajor.